

Hart gegen Schulschwänzer

„Neuköllner Modell“ gegen Schuldistanz setzt sich im Abgeordnetenhaus durch

Neukölln. Seit Jahren steigt die Zahl der Schulschwänzer drastisch, aber die Bezirke gehen – mit Ausnahme Neuköllns – kaum dagegen vor. Auf Initiative des Neuköllner Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD) beschloss die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus jetzt ein einheitliches Vorgehen.

Allein in der ersten Hälfte des letzten Schuljahres haben 21 400 Schüler unentschuldigt gefehlt. Das ist jeder fünfte. 655 blieben dem Unterricht länger als 40 Tage fern. Da ist die Karriere als Schulabbrecher und Hartz-

IV-Bezieher so gut wie sicher. Weil man das in Neukölln schon lange weiß, setzt man die Schulpflicht hier rigoros durch. In anderen Bezirken wird das jedoch teilweise erheblich salopper gehandhabt. „Die Bezirke reagieren unterschiedlich auf Schulschwänzen, es krankt bisher an einheitlichen Vorgaben“, sagt Joschka Langenbrinck (SPD).

Auf seine Initiative beschloss die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus vor wenigen Tagen den Antrag für ein Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz. Wichtigste Inhalte des Neun-Punkte-Programms: Schulversäumnisan-

zeigen sollen schon nach fünf einzelnen, statt bisher zehn unentschuldigtem zusammenhängenden Fehltagen gestellt werden. Ist das bereits geschehen, müssen Klassenlehrer ein verpflichtendes Gespräch mit den Eltern führen. Auch soll sichergestellt werden, dass Eltern, wie es jetzt schon Pflicht ist, vom ersten Fehltag an über das unentschuldigte Fernbleiben ihrer Kinder informiert werden.

Darüber hinaus sind umfassende Präventivmaßnahmen der Schulsozial- und Elternarbeit an den Schulen sowie die Einführung einer AG Schulpflicht geplant. Schulen sollen darin mit anderen Be-

hörden wie Schulaufsicht, Jugendamt, Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Polizei und Familienrichtern zusammenarbeiten. „Gerade für Problemkinder müssen sich die Behörden stärker vernetzen, die eine Hand muss wissen, was die andere tut“, fordert Joschka Langenbrinck, der nun eine Lockerung des Datenschutzes fordert. Bisher steht dieser noch dem Vorhaben im Wege. Stimmt die CDU-Fraktion, wie angekündigt, dem Programm im Abgeordnetenhaus zu, will Langenbrinck sich auch für Vorgaben zu Bußgeldverfahren gegen Eltern von Schulschwänzern einsetzen. **syri**